

Stellungnahme der CDU-Fraktion zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2025 nebst Anlagen in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 20. Januar 2025

**Dr. Roman Glaser
Fraktionsvorsitzender**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
lieber Jo Eiermann als Vertreter der regionalen Presse,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

„Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt.“ Mit diesen Worten unterstrichen jüngst die Präsidenten des Gemeindetags, des Städtetags und des Landkreistags Baden-Württemberg ihre Forderung, wonach Umfang und Tiefe staatlicher Aufgabenerfüllung mit den verfügbaren finanziellen und personellen Mitteln in Einklang gebracht werden müssten. Die den Kommunen übertragenen Aufgaben müssten belastbar und dauerhaft ausfinanziert werden. Die Politik müsse zurück zu einem klaren und nachhaltig erfüllbaren Aufgabenportfolio und darüber eine verlässliche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern führen.

Und in einem Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ war vor wenigen Tagen angesichts der neuen Zahlen zum Defizit der Kommunen zu lesen, wie groß der Klotz am Bein des Bundes und der Länder geworden sei und darin gar ein offener Bruch der Verfassung vorliege. Denn Bund und Länder seien verpflichtet, die Städte und Gemeinden entsprechend der ihnen zugewiesenen Aufgaben finanziell auszustatten. Das geschehe nun schon im dritten Jahr hintereinander nicht. Stattdessen überforderten die in Berlin beschlossenen Gesetze die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden – im Sozialen, in der Integration, in der Klimapolitik.

Auf der einen Seite zeigt die Struktur der ordentlichen Erträge im Ergebnishaushalt wie der Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer oder die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich auch für Ottersweier die hohe Abhängigkeit von nicht durch die Gemeinde beeinflussbaren Ertragsquellen mit einem Anteil von über 60 Prozent.

Und auf der anderen Seite zeigt die Struktur der ordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt die starke Belastung durch Transferaufwendungen wie die Kreisumlage, die Gewerbesteuerumlage oder Umlagezahlungen an Zweckverbände mit einem Anteil von knapp 50 Prozent. Wesentliche durch die Gemeinde zumindest zum Teil beeinflussbare Größen sind folglich noch die Personalaufwendungen mit einem Anteil von knapp 20

Prozent sowie die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit einem Anteil von ebenfalls knapp 20 Prozent.

Nicht berücksichtigt sind bei diesen Analysen immer wieder zu beobachtende kommunale Freiwilligkeitsleistungen, die so manchen Gemeindehaushalt mittlerweile nachhaltig überfordern.

Wie ist in diesem Umfeld der Haushalt 2025 unserer Gemeinde aus Sicht der CDU-Fraktion einzuordnen, und welchen Herausforderungen haben wir uns in den kommenden Jahren zu stellen?

Lassen Sie mich hierfür im folgenden mit dem Bild eines Schiffes arbeiten, das lange Zeit auf vergleichsweise ruhiger See seine Bahnen ziehen konnte, in den letzten Jahren zunehmend mit leichten Wellen zu kämpfen hatte und sich nunmehr in raues Fahrwasser begeben muss. Auf der Brücke steht mit dem Bürgermeister ein äußerst sachkundiger, erfahrener und verlässlicher Kapitän, unterstützt von einer leistungsfähigen Besatzung, bestehend aus der Gemeindeverwaltung und dem Gemeinderat. Die zahlreichen Passagiere unseres Gemeindegemeinschaftsschiffs setzen sich zusammen aus einer lebendigen Einwohnerschaft, ortsansässigen Unternehmen mit einem breiten Leistungsspektrum, modernen landwirtschaftlichen Betrieben, kompetenter Feuerwehr und Rettungsdiensten sowie

engagierten Kirchen, Schulen, Kindergärten, Parteien, Vereinen und Initiativen. Sie alle beleben unser Gemeindegeschiff, das sich glücklicherweise in gutem Zustand befindet, und stärken mit ihrer Gestaltungskraft den gesellschaftlichen Zusammenhalt an Bord.

Der vorliegende Haushalt 2025 trägt nach Ansicht der CDU-Fraktion dazu bei, das Schiff seetüchtig zu halten und für die Passagiere erneut ausreichend Sorge zu tragen.

Dabei ist für eine umfassende Bewertung der aktuellen Vermögens- und Schuldenpositionen der Gemeinde sowie der Einschätzung der mittelfristigen Entwicklung eine Betrachtung des Kernhaushalts nicht ausreichend, sondern bedarf der Einbeziehung des Eigenbetriebs Gemeindegewerke. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der voraussichtliche Stand der Schulden des Kernhaushalts Ende vergangenen Jahres bei rund 970.000 Euro lag, die für 2025 prognostizierten langfristigen Verbindlichkeiten für Gemeindehaushalt und Eigenbetrieb zusammen dagegen rund 7,6 Millionen Euro betragen. Entsprechend beläuft sich die Pro-Kopf-Verschuldung auf den Kernhaushalt bezogen auf 149 Euro, unter Einbeziehung des Eigenbetriebs dagegen auf etwa 1.170 Euro, wobei beide Werte unter dem Landesdurchschnitt kreisangehöriger Gemeinden liegen. Das bilanzierte Gemeindevermögen inklusive der liquiden Mittel und unter Einbezug des Eigenbetriebs

Gemeindewerke wird zum Jahresende 2025 bei voraussichtlich 97,5 Millionen Euro liegen.

Die vorliegenden Planungen für die nächsten drei Jahre sehen nun, im Gegensatz zu 2025, neue Darlehensaufnahmen vor. Im Sinne der Aufrechterhaltung einer nachhaltigen Handlungsfähigkeit der Gemeinde liegt dabei eine Begrenzung der Neuverschuldung in unserer gemeinsamen Verantwortung.

Folgende acht Themenfelder rund um den Haushalt sind für uns von besonderer Bedeutung:

1. Die vorgesehenen Maßnahmen zur Unterhaltung der Infrastruktur wie Straßen- und Gehwegsanierungen, Unterhaltung der Feldwege, Gewässerunterhaltung, Unterhaltung der Kanäle sowie die Unterhaltungsaufwendungen für öffentliche Einrichtungen tragen dazu bei, dass sich am Gemeindeschiff kein Renovierungsstau aufbaut.

Auch ist es uns wichtig, dass unser Kanalsystem funktionsfähig bleibt. Daher ist es nur konsequent, sich jährlich mit etwaigen Sanierungsarbeiten auseinanderzusetzen. Im Haushaltsplan 2025 sind hierfür 120.000 Euro eingestellt, und für die

kommenden drei Jahre sieht der aktuelle Planansatz gar eine Größenordnung von 200.000 Euro jährlich vor.

Angesichts dieser doch beachtlichen Größenordnung bitten wir die Verwaltung, dem Gemeinderat zeitnah einen Zwischenbericht mit einem Gesamtüberblick vorzulegen, in dem erläutert wird, welche Schadensfälle in den letzten fünf Jahren eingetreten sind, welche Ursachen diesen zugrunde lagen, wie hoch die jährlichen Untersuchungskosten waren und wie sich die Sanierungsaufwendungen für die eingetretenen Schadensfälle zusammensetzten.

Die vorgesehenen Investitionen finden ebenfalls unsere Unterstützung, wobei sich bereits jetzt die Schwerpunkte der künftigen Investitionsmaßnahmen und Projekte abzeichnen. Der Gemeindehaushalt sowie die personelle Ressourcenbindung werden auf längere Sicht durch die Belastung aus der Errichtung des Hochwasserrückhaltebeckens Münchhof/Aspich, die Sanierung der Sporthalle Ottersweier und die Erweiterung der Grundschule Ottersweier für Ganztagsbetreuung geprägt sein.

Wir begrüßen ausdrücklich den Verkauf von zwei Gewerbegrundstücken, der zwei leistungsfähigen ortsansässigen Betrieben Zukunftsinvestitionen ermöglicht und

damit zur Standortsicherung beiträgt. Das entbindet unseres Erachtens die Gemeinde jedoch nicht von der zeitnahen Erarbeitung einer längerfristig angelegten Ansiedlungsstrategie für neue Unternehmen, in die wir uns gerne einbringen.

Für die CDU-Fraktion steht, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2025, die Konzentration auf beschlossene Investitionsmaßnahmen in Kombination mit einem strammen Zeitplan und einer stetigen Rückkopplung mit dem Gemeinderat im Vordergrund. Zu den anstehenden Großprojekten erwarten wir daher alle drei bis vier Monate eine Berichterstattung im Gemeinderat.

Im Interesse der bereits angesprochenen nachhaltigen Handlungsfähigkeit der Gemeinde dürfen wir uns bei möglicherweise aufkommenden zusätzlichen Investitions- und Projektwünschen auch nicht von der Aussicht auf etwaige öffentliche Fördermittel leiten lassen, die nicht selten wie eine süße Verführung wirken und den Gemeindehaushalt mit den Folgekosten sowie einer personellen Ressourcenbindung längerfristig belasten.

Ebenso ist die Entwicklung der Personalstellen im Auge zu behalten. Deren Ausweitung halten wir bis auf Weiteres für

nicht vertretbar, und jede geplante Ersatzeinstellung bedarf nach unserer Auffassung einer besonderen Prüfung auf unbedingte Notwendigkeit.

Angesichts der voraussichtlich stark rückläufigen Entwicklung der liquiden Mittel in den nächsten Jahren unterstützen wir uneingeschränkt die Positionierung der Verwaltung, wonach das Investitionsprogramm der Gemeinde einerseits unter dem Vorbehalt auf der Einnahmenseite steht und andererseits die Investitionen generell permanent auf den Prüfstand gestellt und die Machbarkeit und Notwendigkeit hinterfragt werden müssen.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch ausdrücklich die für 2025 vorgesehene Bildung einer von der CDU-Fraktion angeregten Arbeitsgruppe „Haushalt“, die sich unseres Erachtens insbesondere mit der Haushaltsstrukturentwicklung 2026 ff. beschäftigen muss.

2. Unsere Kindergärten und Schulen in gutem Zustand zu erhalten ist uns als CDU-Fraktion ein Herzensanliegen. Was insbesondere zu Anfang der Bildung investiert wird, zahlt sich aus und spart nicht zuletzt Sozialausgaben. Daher tragen wir selbstverständlich den vorgesehenen Zuschussbedarf für unsere

drei Kindergärten in Höhe von knapp 1,8 Millionen Euro und für unsere beiden Schulen in Höhe von rund 1 Million Euro mit. Eine etwaige Ausweitung der Betreuungszeiten und Betreuungsformen in unseren Kindergärten lässt sich nach unserer Auffassung aber nur mit einer entsprechenden Anpassung der Gebühren darstellen.

Für unsere Schulen steht im übrigen eine neue gewaltige Herausforderung vor der Tür: Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter, der seitens des Bundesgesetzgebers ohne Rücksicht auf die kommunale Ausgangslage ab dem Jahr 2026 stufenweise umgesetzt werden soll und der uns nicht nur investiv belasten wird. Für die CDU-Fraktion ist hier eine enge Verzahnung mit den örtlichen Vereinen unabdingbar. Wir fordern daher kurzfristig die Einsetzung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Schulen, der örtlichen Vereine und des Gemeinderats.

3. Die CDU-Fraktion steht aus voller Überzeugung hinter der vorgesehenen Unterstützung unserer Feuerwehr, der Rettungsdienste und der örtlichen Vereine. Ohne deren vielfältige Aktivitäten und dem bewundernswerten ehrenamtlichen Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger, die zum Wohle der Ortsgemeinschaft unermüdlich

wertvolle Arbeit zum Nulltarif leisten, wäre unsere Gemeinde ein gutes Stück ärmer. Ohne sie wäre der Kitt, der unser Gemeinwesen zusammenhält, längst brüchig. Das Ehrenamt verdient daher jegliche Form der Würdigung. Die Richtlinien der Gemeinde über die Förderung der Vereine und Organisationen in Ottersweier beinhalten dabei die Ehrungskriterien für herausragende ehrenamtliche Tätigkeiten, und der jährliche Ehrungsabend stellt eine geeignete Plattform für die jeweilige Auszeichnung dar.

Wir regen darüber hinaus an, im Rahmen des Neujahrsempfangs die jährliche Vergabe eines neu zu schaffenden Sozialpreises an eine Bürgerin oder einen Bürger unserer Gemeinde vorzunehmen, mit dem etwa das Lebenswerk ehrenamtlichen Engagements besonders gewürdigt wird. Dabei können wir uns vorstellen, dass sich für die Finanzierung eines solchen Preises durchaus eine privatwirtschaftliche Lösung finden lässt.

4. Die Unterbringung von Geflüchteten erkennen wir als große gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Zudem ist es eine kommunale Pflichtaufgabe. In 2025 muss in diesem Zusammenhang eine Entscheidung über das Haus „Augusta

Sibylla“ in der Hub getroffen werden, die der Gemeinde den größtmöglichen Handlungsspielraum eröffnet.

Zur Wahrung oder Herstellung der möglichst breiten gesellschaftlichen Akzeptanz in der Flüchtlingsfrage gehört aber auch, dass wir gerade aus der kommunalen Perspektive heraus und damit aus dem Blickwinkel der Lebenswirklichkeit vor Ort die Bundespolitik verstärkt auf Missstände und Fehlentwicklungen hinweisen und auf nachhaltige Abhilfe drängen. Wir ermutigen Sie, Herr Bürgermeister, Ihre Möglichkeiten der Einflussnahme konsequent zu nutzen und unterstützen Sie dabei nach Kräften.

5. Der derzeit defizitäre Forsthaushalt sollte wieder in Richtung der schwarzen Null geführt werden. Nach Auffassung der CDU-Fraktion muss geprüft werden, in welchen Bereichen Ausgaben zurückgefahren werden können. Einsparpotenzial besteht etwa im Bereich der Pflanzung und der Kulturpflege. Mit einem erhöhten Naturverjüngungsanteil im Auwald könnten ebenfalls Kosten zurückgefahren werden.

Das vorliegende Forstliche Gutachten zeigt allerdings, dass dieses waldbauliche Ziel im Auwald aufgrund zu starken Wildverbisses nicht erreicht werden kann. In diesem

Zusammenhang ist auch die PEFC-Zertifizierung von Bedeutung. Ist der Wildverbiss zu stark, kann ein Verlust des Zertifikats drohen, welcher die Gemeinde teuer zu stehen kommen könnte, da u.a. Fördermittel aus dem Bundesförderprogramm Klimaangepasstes Waldmanagement nicht mehr verfügbar wären und sogar zurückgezahlt werden müssten.

Ebenso darf auch im Interesse der heimischen Landwirtschaft die zunehmende Wildschadensthematik in der Feldflur nicht überhandnehmen. Die Bestände von Reh- und Schwarzwild müssen auf eine tragbare Dichte angepasst werden.

Die CDU-Fraktion fordert die Gemeindeverwaltung auf, hier aktiv ihre Rolle als Verpächter zu nutzen, die Jagdpächter auf die Zielvorstellungen der Grundeigentümer in Land- und Forstwirtschaft hinzuweisen und gemeinsam eine Verbesserung der derzeit unbefriedigenden Situation herbeizuführen.

6. Viele Bestandsgebäude könnten durch die Versorgung mit Nahwärme vergleichsweise kurzfristig CO₂-arm oder gar CO₂-frei beheizt werden. Wir unterstützen daher die weitere Bearbeitung des Nahwärmeversorgungskonzepts für den Ortsteil Unzhurst, doch muss über den Umweltaspekt hinaus die geplante Dorfheizung in Unzhurst neben privaten

Wärmepumpen wirtschaftlich bestehen können. Ansonsten werden interessierte Bürgerinnen und Bürger nicht anschließen, und es würden in diesem Falle Steuergelder verschwendet. Auch öffentliche Fördermittel sind letztlich Steuergelder.

Die aktuelle Planung scheint diese Hürde nehmen zu können. Die CDU-Fraktion wird jedoch bei jedem noch folgenden Planungsschritt hinterfragen, ob die erforderlichen Rahmenbedingungen noch gegeben sind.

Vor einer weiteren Verfolgung des angedachten Nahwärmeversorgungskonzepts in Ottersweier über den aktuellen Vorbereitungsstand hinaus möchten wir gerne auf den Erfahrungen aus dem Projekt „Dorfheizung Unzhurst“ aufbauen und weder die Verwaltung mit zwei Großprojekten dieser Art gleichzeitig belasten noch zusätzliche Haushaltsmittel einsetzen. Der vorgesehene Planungszeitraum ist entsprechend gestreckt, sodass uns weiterhin alle Handlungsoptionen offenstehen.

7. Die CDU-Fraktion fordert eine finale Weichenstellung durch den Gemeinderat zur Entwicklung des Sonnenplatzes noch im laufenden Quartal. Im Hinblick auf die sich abzeichnende deutlich schwieriger werdende Haushaltslage der Gemeinde

muss eine wirtschaftlich tragfähige Lösung gefunden werden, die keine Investitionsmaßnahmen der Gemeinde auslöst, sondern stattdessen auf das finanzielle und konzeptionelle Engagement geeigneter Partner setzt.

8. Zum 01.01.2025 war infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts eine Grundsteuerreform umzusetzen. Danach wird die Grundsteuer mithilfe eines neuen Verfahrens berechnet. Das sorgt für eine neue Verteilung der Steuerlast, die sich individuell stark verändern kann. Der Gemeinderat hat im Dezember 2024 die neuen Hebesätze festgesetzt und dabei auf eine Aufkommensneutralität aus Sicht der Gemeinde Wert gelegt. Die Grundsteuerbescheide wurden am vergangenen Montag versandt und werden noch zu intensiven Nachfragen seitens der Bürgerinnen und Bürger bei der Gemeindeverwaltung führen.

Für die CDU-Fraktion ist es auch an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass die einzige Entscheidungshoheit des Gemeinderats bei der Umsetzung dieser Reform in der Neufestsetzung der Hebesätze lag, die in Summe zu keiner Erhöhung des Grundsteueraufkommens für die Gemeinde führt. Zum Teil erhebliche individuelle Veränderungen in der Grundsteuerbelastung für die jeweiligen Steuerpflichtigen sind

einzig und allein in der Mechanik der Reform begründet, auf die der Gemeinderat keinerlei Einfluss hatte.

Wir bitten die Gemeindeverwaltung, den eingeschlagenen Weg der sachlichen und verständnisvollen Darstellung der Grundsteuerreform für die Bürgerinnen und Bürger auf allen denkbaren Informationskanälen konsequent fortzusetzen.

Erfreulich ist, dass wir den Gewerbesteuerhebesatz unverändert bei 360 v.H. belassen konnten. Wir sehen darin ein starkes Signal der Berechenbarkeit für unsere ortsansässigen Unternehmen in besonders herausfordernden wirtschaftlichen Zeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend nochmals das Bild des Gemeindeschiffs bemühen. Um auf rauer See Kurs halten zu können, kommt es auf jeden an – auf den Kapitän, auf die Besatzung und auf die Passagiere.

Zusammenhalten und Maßhalten ist das Gebot der Stunde. Darin sind wir in Ottersweier geübt, und das wird uns auch in Zukunft tragen.

Wenn wir uns dann noch in den nächsten Jahren auf das Wesentliche konzentrieren, keine unnötige Unruhe auf das Schiff bringen und

konsequent das jeweils Machbare vom Wünschenswerten unterscheiden, sind wir auch für stürmische Zeiten gewappnet. Die Besatzung unseres Gemeindeschiffs, Gemeindeverwaltung und Gemeinderat, sind dabei gefordert, den Passagieren mit gutem Beispiel voranzugehen. Die CDU-Fraktion wird hierzu ihren Beitrag leisten.

Die seitens der Verwaltung praktizierte offensive Informationspolitik über alle Medienkanäle, die uns ausgesprochen positiv auffällt, wird dabei gerade in für die Gemeinde schwieriger werdenden Zeiten an Bedeutung gewinnen. Es wird verstärkt darum gehen, den Passagieren unseres Gemeindeschiffs nicht nur frohe Botschaften zu übermitteln, sondern auch um Verständnis dafür zu werben, wenn kommunales Handeln aus Ressourcenengpässen heraus an Grenzen stößt, wenn Kosten reduziert und Gebühren angepasst werden müssen oder wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Die CDU-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Ottersweier für das Haushaltsjahr 2025 einstimmig zu und verbindet dies mit einem ausdrücklichen Dank an den Kapitän, die Besatzung und die Passagiere unseres Gemeindeschiffs für das Geleistete im vergangenen Jahr.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

